



## Kostenfreies Mittagessen für Kinder in Grundschulen Volksinitiative „Schule satt!“ braucht 20.000 Unterschriften

Die Partei Die Linke hat zusammen mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Sozialverbänden im Januar die Volksinitiative „Schule satt!“ gestartet. Gemeinsam fordern sie mit einer landesweiten Unterschriftensammlung, ein kostenfreies Schulessen in Brandenburg für die 1.-6. Klassenstufe.

„Unsere Partei hat sich in Brandenburg schon mehrfach für ein kostenloses Mittagessen in Schulen eingesetzt. Da unser Anliegen immer abgelehnt wurde, versuchen wir nun über außerparlamentarische Aktionen, den Landtag zu einem Umdenken zu bewegen“,

erklärte Sebastian Walter, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Linken. „Mit einem wieder eingeführten Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent werden die Preise für das Schulessen weiter steigen. Dabei liegen sie in Brandenburg nicht selten schon jetzt zwischen fünf bis sechs Euro pro Mahlzeit. Immer mehr Familien müssen das Mittagessen für ihre Kinder in der Schule abmelden. Ihre Einkommen reichen oft nicht mehr, um die gestiegenen Lebenskosten dauerhaft zu decken. Das darf nicht sein“, so Walter.

In dem Unterschriftenaufruf heißt es: „Jedes Kind in Brandenburg

hat das Recht, gesund aufzuwachsen. Dazu gehört auch eine vollwertige Ernährung“.

In Berlin ist Mittagessen für Grundschüler bereits seit 2019 beitragsfrei.

Zunächst sollen 20.000 Unterschriften gesammelt werden, um noch möglichst vor den Landtagswahlen im September einen entsprechenden Antrag in den Landtag einbringen zu können. Helfen Sie mit!

Unterschriftenlisten auf:

<https://schule-satt.de> oder in den Geschäftsstellen der Linken Strausberg, Seelow und Bad Freienwalde. *r. a.*

**Endlich Feiertag  
am Frauentag!**

**Seite 2**

**Lange Tour für  
Seilbahnprojekt**

**Seite 3**

**Deportationen  
bereits jetzt**

**Seite 4**

**EU in jeder  
Kommune**

**Seite 7**

## Herzliche Glückwünsche zum Internationalen Frauentag!



Traditionell würdigt Die Linke am 8. März mit vielen Veranstaltungen und Blumen die Leistungen von Frauen und Mädchen. In zahlreichen Orten wie **Hoppegarten, Petershagen/Eggersdorf und Seelow** übergeben ihnen Genoss\*innen in sozialen Einrichtungen, Geschäften und auf der Straße Rosen und Nelken und bedanken sich für ihr vielfältiges Engagement. Bereits am 7. März lädt Die Linke in **Strausberg** von 13.30 – 17.30 Uhr zu Gesprächen bei Kaf-

fee, Tee und Kuchen ins Rote Wohnzimmer neben dem Bioladen, Große Straße 56, ein. Ab 14 Uhr findet gleich gegenüber ein „Öffentliches Lesen“ statt. In den Schaufenstern der Altstadt erinnern die Genoss\*innen an 103 Schicksale von in Deutschland 2023 begangenen Femiziden. Außerdem gibt es um 18 Uhr eine Infoveranstaltung über „Digitale Gewalt in Partnerschaften“, August-Bebel-Straße 20a.

Am 8. März befasst sich von 11 – 15 Uhr an der Straße 74 – 75 ein Infostand mit dem Thema „Frauen wählen“. Von 12 – 15 Uhr gibt es ein „Öffentliches Lesen“ in der Großen Straße/Ecke Georg-Kurzte-Straße. Von 11 – 18 Uhr können sich Interessierte zum Kaffeeklatsch in der Geschäftsstelle der Linken, Große Straße 45, einfinden. In **Neuenhagen** wollen die Lin-

ken mit Bürger\*innen an einem Infostand am Bahnhofsvorplatz ab 15 Uhr ins Gespräch kommen und dabei Unterschriften für die Volksinitiative „Schule satt!“ sammeln, mit der die Partei gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften ein beitragsfreies Schulesen für Grundschüler anstrebt.

In **Bad Freienwalde** lädt der Ortsverband der Linken zum Frauentagskaffee ein: 15 Uhr, GIBBZ, Wasserstraße 18a.

Einen Kaffeeklatsch gibt es auch in **Klosterdorf**, im ÖKoLeA, Hohensteiner Weg 3, ab 15 Uhr. Um 20 Uhr läuft hier der Film: „Bodies we take to the streets“ über fünf Feministinnen.

Am 9. März veranstaltet Die Linke zudem Frauentagsfeiern ab jeweils 15 Uhr in **Petershagen/Eggersdorf** im Haus Bötze, Altlandsberger Chaussee 84 sowie in **Hoppegarten** im Haus der Generationen, Lindenallee 12. In Hoppegarten wird dazu der Liedermacher Arno Schmidt erwartet. r. a.

## Bettina Fortunato, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag:

Bereits im Februar 2022 vergab die Regierungskoalition in Brandenburg die Chance, dem



Antrag der Linken zuzustimmen und den Frauentag zum Feiertag zu erklären. Aus fadenscheinigen Gründen wurde unser Antrag auch in diesem Jahr abgelehnt. Auch diesmal hätte man es Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gleich tun können.

Dieser Feiertag wäre ein symbolisches Zeichen der Solidarität, der Achtung und der Empathie an die Frauen und deren Lebensleistung gewesen und

damit alles andere als reine Symbolpolitik, wie Innenminister Stübgen es in seiner Rede behauptete! Symbolpolitik ist, wenn eine Fraktion einen Antrag ablehnt, dessen Vorhaben sie in einem eigenen Parteibeschluss kurz zuvor selbst gefasst hat. Ein weiteres Mal zeigt die Regierungskoalition – und ihr voran die SPD – ihr wahres Gesicht. Wir bleiben weiter dran: Der Frauentag muss Feiertag auch in Brandenburg werden!

## Linke beantragte Zuschuss für Schulessen in MOL

Einen Zuschuss für ein tägliches gesundes Mittagessen an Schulen in Trägerschaft des Landkreises Märkisch-Oderland hat die Linksfraktion im Kreistag am 14. Februar beantragt. Sie begründete ihren Antrag mit kontinuierlich gestiegenen Preisen für das Schulessen. Die Erhöhungen hätten mit dazu beigetragen, dass nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler am Schulessen teilnehmen. Ein tägliches, möglichst gesundes Essen sei aber wichtig für eine gesunde Entwicklung junger Menschen. Mit einer teilweisen Übernahme der Essenspreise könne eine bessere Beteiligung an der Essenversorgung erreicht werden, so die Linken.

In der Kreistagsdiskussion zu dem Antrag zeigten einzelne Wortmeldungen, wie weit einige Abgeordnete von Lebensrealitäten entfernt sind. Da war von Gießkanne und Wahlkampf die Rede. Die Alltagsorgen von Familien spielten keine Rolle. Schließlich fand der Antrag keine Mehrheit.

Zudem unterstützten die Abgeordneten der Linken, den von Michael Gläser aus ihrer Fraktion initiierten Antrag zur Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln in den Frauentoiletten aller öffentlichen Einrichtungen des Landkreises. Vorbild für diese Forderung bildete das 2020 vom schottischen Parlament verabschiedete und inzwischen umgesetzte Ge-

setz „Period Product Act“, mit dem dort bereits gegen die sogenannte Periodenarmut vorgegangen wird. Mehrere Redebeiträge von Männern zu dem Kreistagsantrag machten deutlich, dass sie tatsächlich nicht wussten, worüber sie sprachen. Dieser Antrag wurde in den Gesundheitsausschuss überwiesen.

In Ausschüssen des Kreistages soll nunmehr auch, eine von Michael Gläser ins Gespräch gebrachte, mögliche Machbarkeitsstudie des Landkreises für eine Seilbahn zwischen U-Bahnhof Hönow und Altlandsberg als preiswerte und schnelle Verkehrsverbindung beraten werden.

*Renate Adolph*

## Michael Gläser bringt Seilbahn und Licht nach Altlandsberg

Für etwas Zukunftsmusik entschieden sich der Ortsbeirat Altlandsberg und die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung (SVV), als sie zu Beginn des Jahres dem Vorschlag des Vorsitzenden der Linksfraktion, Michael Gläser, zum Bau einer urbanen Umlaufseilbahn als Verlängerung der U5 zustimmten. Die Seilbahn könnte vollständig automatisiert mit der Streckenführung von Hönow nach Altlandsberg als Modellversuch starten und später bei Erfolg sogar über Wegendorf nach Werneuchen und über Buchholz oder Wesendahl nach Strausberg angebunden werden.

Die Fakten hatten schließlich die Abgeordneten überzeugt: Bauzeit 12-18 Monate, sicheres und schnelles Verkehrsmittel, preiswert in Errichtung und Betrieb, autonom ohne Fahrer, keine unnötigen Versiegelungen, kein Lärm, keine Wartezeiten und Leerfahrten, barrierefrei, aktuell 75 Pro-

zent Fördermittel vom Bund.

Zudem haben die Linken mit einem Antrag in der SVV Anfang des Jahres erreicht, dass künftig bei Bauarbeiten an unbeleuchteten Fahrrad- und Gehwegen in Altlandsberg selbstleuchtende Materialien eingesetzt werden sollen. Damit wird endlich Licht und mehr Sicherheit in Ecken der Stadt gebracht, die bisher aus wirtschaftlichen oder finanziellen Gründen unbeleuchtet geblieben sind.

Bereits im November 2023 hatte die SSV des Weiteren einen Antrag der Linken für die Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel in der neuen Gesamtschule der Stadt Altlandsberg befürwortet.



Die Linke der Stadt will sich weiterhin für einen ordentlichen Jugendclub in der Stadt stark machen und hofft, dass andere Fraktionen auch hier mitziehen.

**Michael Gläser**  
Direktkandidat der Linken  
für den Landtag WK 33



## Staatliche Finanzierung der AfD sofort beenden

Kerstin Kaiser, Direktkandidatin WK 32 zur Landtagswahl



Seit Monaten starren Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf ein Verbot der AfD, ohne dass sie sich zu einem Antrag an's Bundesverfassungsgericht durchrangen. So gibt man der AfD die Chance, sich im Wahljahr (mit Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen in Brandenburg) weiter als unschuldiges Opfer der Demokratie zu geben. Die AfD verstellt sich und lügt, wo sie sich als Vertretung aller Deutschen aufspielt. Die AfD verheimlicht nicht, dass ihr Grundrechte von Menschen und das Grundgesetz der BRD schnuppe sind. Bisher zahlen zwangsläufig auch wir als

Staatsbürger\*innen die Zeche für eine Partei, die offen und aggressiv demokratische Verhältnisse bekämpft, Menschen und deren Grundrechte verachtet.

Der Ausschluss der AfD aus der Parteienfinanzierung wäre gesetzlich möglich, direkter und schneller wirksam als ein Parteienverbot. Voraussetzung wäre, die demokratische Mehrheit im Bundestag nähme ihr eigenes Gesetz ernst oder Bundesregierung und Bundesrat wendeten es an. Brandenburger Bundestagsabgeordnete von SPD, Die Linke, CDU, FDP und Grünen sind gefordert, ebenso die Landesregierung Brandenburg, aktiv zu werden und auf gesetzlicher Grundlage der AfD staatliche Gelder zu entziehen. Die AfD plant ihre Wahlsiege für 2024 und lehrt demokratische Parteien das Fürchten. Dass sie das kann, haben die regierenden

Ampel-Parteien mit zu verantworten. Deren unsoziale und feindliche Politik gegen geflüchtete Menschen verschont systematisch Großverdiener und Reiche. Sie treibt Lebenshaltungskosten für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen weiter in die Höhe. Mit Rüstungsfinanzierung statt Sozialausgleich werden Wahlberechtigte der AfD regelrecht in die Arme getrieben.

Absurd wäre es, darauf zu setzen, dass Ideologien und Ansichten durch Verbote verschwinden, zumal sie sich auf Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Rassismus, Standortnationalismus und ein autoritäres Staatsverständnis gründen. Nur in alltäglichen und demokratischen Auseinandersetzungen wird es gelingen, rechts-extreme Lügen aufzudecken und ihren Propagandisten den Weg in die Köpfe der Leute und in die Parlamente zu verstellen. Eine Soziale Politikwende, demokratischer Protest und Aufklärung, statt Starren auf Parteiverbote sind notwendig.

## Deportation ist keine Fiktion

Flüchtende an den Grenzen Belarus-Polen, Serbien-Ungarn, Bosnien-Kroatien, Griechenland-Türkei und an der französischen Kanalküste erleben täglich, was die Verschärfung der Asyl- und Migrationsgesetze bedeutet: illegale Rückführungen, Angst und unbeschreibliche Gewalt. Die Ideen Rechtsradikaler sind also kein theoretischer "Plan" mehr, sondern schon längst Realität für viele Menschen, in Zeiten, in denen ein sonst wortkarger Bundeskanz-

ler davon tönt, "in ganz großem Stil abzuschieben". Uns allen ist mittlerweile klar, wie weit sich der Rassismus in der Mitte unserer Gesellschaft eingemischt hat. Der Hetze setzen wir Solidarität entgegen.

Mit deiner Spende helfen wir von Deportation betroffenen Menschen an den EU-Außengrenzen, die besonders jetzt im Winter leiden. Du sendest ein starkes, handfestes Signal der Willkommenskultur.

- Mit 5 Euro können wir Menschen ein paar warme Handschuhe kaufen.
- Mit 25 Euro können wir Menschen ein paar Schuhe kaufen.
- Mit 50 Euro können wir einen warmen Schlafsack kaufen.

Spendenkonto:

Wir packens an e.V., GLS Bank,  
IBAN DE03 430609671059239600



**WIR PACKEN'S AN**  
Nothilfe für Geflüchtete



Fotos: R. Adolph

## Bunte Demonstrationen gegen Gefahr von Rechtsaußen

Seit Wochen gehen Hunderttausende Menschen unterschiedlicher Milieus in großen und kleinen Städten der Republik gegen Hass und Hetze auf die Straße. Die Demonstrationen kommen einem entfesselten Aufschrei gleich, nachdem Deportationsfantasien eines rechts-extremen Zirkels bekannt geworden sind.

Den Auftakt in Märkisch-Oderland bildet am 21. Januar in **Strausberg** eine Protestkundgebung, zu der die VVN-BdA, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt sowie Die Linke aufgerufen haben. Mehr als 2500 junge und alte besorgte Teilnehmer\*innen, Anhänger verschiedener Parteien und Vereinigungen, sind gekommen, um gemeinsam klare Kante gegen rechte Gefahren zu zeigen.

In **Hoppegarten**, Ortsteil Hönow, protestieren am 2. Februar mehr als 120 Bürger\*innen, darunter auch „Omas gegen Rechts“ aus Berlin unter dem Motto „Kein Akker der AfD“. Sie stehen mit bunten Plakaten vor der Gaststätte „Mittelpunkt der Erde“, singen gemeinsam Lieder, die zur Mensch-

lichkeit aufrufen und skandieren Sprechchöre gegen eine an diesem Abend geplante AfD-Veranstaltung in der Gaststätte gegenüber, die später abgesagt wird.

Am 3. Februar findet in **Bad Freienwalde**, einer vermeintlichen Hochburg der AfD, eine Kundgebung und ein Protestmarsch unter dem Motto „Bad Freienwalde ist bunt“ statt. Rund 300 Personen bekennen sich hier zu Demokratie, Menschenrechten und Solidarität. Vielen macht eine starke AfD in den Parlamenten Angst. Schließlich erzielte die Rechtsaußenpartei bei der Bundestagswahl 2021 in Märkisch-Oderland 18,2 Prozent der Zweitstimmen und damit Platz 2 nach der SPD.

Auch in **Neuenhagen** versammeln sich am 11. Februar rund 600 Demonstrant\*innen angesichts der steigenden Bedrohungen des Rechtsextremismus. So bunt wie der Titel „Neuenhagen ist bunt“ sind auch die Teilnehmenden. Mit bunten Luftballons, bunt bemalten und beschriebenen Schildern von „EkelhAfD“ bis „huck Föcke“ und „bunte Deutsch-

land Republik“ bringen sie ihr Bedürfnis nach Vielfalt, Akzeptanz und Freiheit zum Ausdruck. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich auch Neuenhagen in die vielen Gemeinden und Städte einreicht, in denen gegen Hass, Rechtsextremismus, rechten Populismus und die massive Verbreitung von Angst demonstriert wird.

Die AfD stellte bereits am 23. März 2023 im Landtag Brandenburg einen Antrag zur „Einsetzung eines Remigrationsbeauftragten im Land Brandenburg“. Es brauchte aber erst die Recherchen des Medienunternehmens korrektiv, um die wirklichen Ausmaße des Vorhabens der AfD und weiterer Rechtsextremist\*innen aufzuzeigen.

Deshalb ist es umso wichtiger, Haltung zu zeigen und sich gegen jede Form von rechtsextremistischer, diskriminierender, antisemitischer und rassistischer Hetze und Gewalt zu stellen, damit wir morgen auch noch so leben können, wie wir es möchten.

*Renate Adolph  
und Judith Maringer*





Foto: A. Fortunato

Mitglieder aus Märkisch-Oderland auf der Vertreterversammlung der Linken Brandenburg zur Wahl der Landtagskandidaten

## Die Linke will Regierungspolitik ändern

### Starkes Team für die Landtagswahlen aufgestellt

Sebastian Walter wurde am 27. Januar zum Spitzenkandidaten der Linken für die Landtagswahl in Brandenburg im September mit überzeugenden 90 von 102 Stimmen gewählt. Ziel der Linken sei eine grundsätzlich andere Politik, die sich an den Interessen der Menschen orientiert, unterstrich der Landes- und Fraktionsvorsitzende in seiner Bewerbungsrede. Familien müssten durch soziale Programme gefördert werden und Kinder mindestens einmal am Tag ein warmes Essen erhalten. Das will Die Linke zum Beispiel ganz aktuell im breiten Bündnis gesellschaftlicher Akteure mit der Volksinitiative „Schule satt!“ erreichen. Die Linke müsse die Demokratie verteidigen und soziale Pro-

testaktionen verstärken, so Walter. Die Vertreterversammlung nominierte ein starkes Team aus insgesamt 38 tollen Kandidatinnen und Kandidaten, die zur Landtagswahl am 22. September antreten. In ihren Bewerbungen berichteten sie über ihre vielfältigen sozialen Initiativen in Kommunen und im Land von Gesundheit und Alltagshilfen bis Verkehr sowie über aktive Bündnisse gegen rechts.

Platz 2 der Kandidatenliste belegte Kathrin Dannenberg, die sich als anerkannte und gut vernetzte bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag mit ihrem aktiven Engagement für chancengleiche gute Bildung einen Namen gemacht hat.

Aus Märkisch-Oderland erreichte Carolin Schönwald Platz 9 der Kandidatenliste. Sie ist zugleich Direktkandidatin im Wahlkreis (WK) 34 rund um Buckow.

Fritz Viertel, Direktkandidat im WK 31 am Berliner Stadtrand (MOL/LOS) erhielt Listenplatz 14. Ronny Kühn, amtierender Kreisvorsitzender der Linken MOL aus Strausberg, kam auf Platz 28. Michael Gläser wurde auf Listenplatz 38 gewählt. Er ist Direktkandidat im WK 33, von Altlandsberg bis Bad Freienwalde.

Die Direktkandidatin der Linken Kerstin Kaiser im WK 32 rund um Strausberg, tritt nur direkt zur Landtagswahl an.

Renate Adolph

## 27. Januar – Gedenken an die Opfer des Holocaust

2005 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar zum internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt.

Wie jedes Jahr hatte Die Linke Seelow zu einem gemeinsamen Gedenken an diesem Tag am Denkmal für die Opfer des Faschismus aufgerufen. Neben Bürgermeister Robert Nitz (parteilos) beteiligten

sich zahlreiche Vertreter\*innen von Parteien und Verbänden der Stadt an der Veranstaltung. In seiner Rede erinnerte der Vorsitzende der Linksfraktion im Stadtparlament, Klaus Richter, daran, dass zu den ersten Opfern nach dem Machtantritt der NSDAP die entschiedensten Gegner des Faschismus gehörten: Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, links-

liberale Künstler und Journalisten sowie antifaschistische Christen. Über sechs Millionen jüdische Menschen wurden von Nazis ermordet. Die Rede schloss mit dem Bekenntnis zu den gegenwärtigen bundesweiten Protesten gegen die menschenverachtende Politik der AfD im Bunde mit weiteren rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen. *Die Linke Seelow*

## Für ein gutes Brandenburg braucht es einer guten EU

Die Abgeordneten der Linksfraktion des Landtages Brandenburg Marlen Block, Thomas Domres, Bettina Fortunato, Ronny Kretschmer und der Vorsitzende Sebastian Walter weilten zu Beginn des Jahres in Brüssel. Sie besuchten u. a. die Brandenburgische Landesvertretung in der Europäischen Union und die Deutsche Botschaft. In Gesprächen mit Vertreter\*innen der EU-Kommission und dem Linken-Abgeordneten im EU-Parlament Helmut Scholz ging es vor allem um strukturelle Probleme in der Landwirtschaft mit Blick auf die Grundzüge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), mit denen die Landwirtschaft in Europa von 2023 bis 2027 ökologischer und nachhaltiger umgestaltet werden soll. Weitere Themen waren der Erhalt



*Delegation der Fraktion Die Linke Landtag Brandenburg in Brüssel  
Bettina Fortunato, Vorsitzende des Europaausschusses im Landtag (Mitte)*

des Stahlwerkes Eisenhüttenstadt und der PCK-Raffinerie Schwedt, die Öffnung der Tesla-Ladestationen für alle sowie die Sicherung der EU-Mittel für Brandenburg.

Dabei waren sich die Gesprächspartner einig: Gut gehts nur zusammen: Brandenburg und die Europäische Union!

*Die Linke im Landtag Brandenburg*

## Was tut die EU eigentliche für mich?

Wie wirken sich Entscheidungen des Europäischen Parlaments auf Kommunen und uns selbst aus? Dieser Frage ging im Januar eine Bildungsveranstaltung der Linken Märkisch-Oderland nach. Das Forum in der Geschäftsstelle Strausberg bildete den Auftakt zu künftigen monatlichen Bildungsangeboten für Interessierte. Als ersten Diskussionsgast begrüßte Organisatorin und Moderatorin Ursula Böttcher mit Blick auf die bevorstehenden Europawahlen Frederike-Sophie Gronde-Brunner, langjährige Leiterin im Wahlkreisbüro Brandenburg des Europaabgeordneten der Linken Helmut Scholz. Sie verwies darauf, dass gesetzliche Grundlagen der Kommunen zu über 80 Prozent auf EU-Recht beruhen und somit ganz direkt den Alltag der Menschen beeinflussen. Eine Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger sei dennoch kaum möglich. Stattdessen

ginge es um Macht- und geopolitische Egoismen der Mitgliedsstaaten sowie Konzerninteressen unterstrich sie. Die Europa-Expertin erinnerte dabei an das jüngste Gezerre der FDP, um das EU-Lieferkettengesetz. Es sieht vor, Unternehmen entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette zu verpflichten, internationale Standards umzusetzen, um inhumane und ausbeuterische Arbeitsbedingungen wie Kinderarbeit sowie umweltschädliche Praktiken zu beenden. Auf die Bundesregierung müsse mehr Druck bezüglich ihres Abstimmungsverhalten in der EU-Kommission und im Europäischen Rat gemacht werden, forderte sie.

Die Linksfraktion im Europaparlament setze sich seit Jahren dafür ein, dass die Menschen in Entscheidungsprozesse aktiv einbezogen und Forderungen von Bürgerinitiativen in Arbeitsprogramme der EU aufgenommen

werden. Leider hätten aber zum Beispiel gute Vorschläge einer EU-Zukunftskonferenz, die 2020 ins Leben gerufen worden war und in die sich ein breites Spektrum demokratischer Vereinigungen eingebracht hatte, in EU-Kommission und Rat keine Beachtung gefunden.

Als einen Erfolg der linken Fraktion im EU-Parlament bezeichnete Gronde-Brunner die Richtlinie über einen europaweiten angemessenen gesetzlichen Mindestlohn, die das EU-Parlament 2022 beschlossen hat.

Angesichts eines zunehmend knappen EU-Haushaltes würden derzeit vor allem Zuwendungen für soziale und klimafreundliche Projekte gestrichen. Die Expertin warnte davor, dass EU-Fördermittel für Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern künftig zugunsten einer militärischen Ausrüstung ganz wegfallen könnten.

*Renate Adolph*

**Bürgerbüros****Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

(Nach Vereinbarung)

**Geschäftsstellen****Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

**Strausberg**

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Mo. 10 – 12 Uhr | Die. 10 – 16 Uhr

Mi. 10 – 12 Uhr | Do. 10 – 16 Uhr

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

**Nächste Ausgabe**

Redaktionsschluss: 16. März 2024

Erscheinen: 1. April 2024



## Wir treffen uns

### Strausberg bekommt einen neuen Stolperstein

Am 11. März wird um 15 Uhr in Strausberg ein weiterer Stolperstein für Opfer des Faschismus verlegt. In der Großen Straße/Grünstraße befinden sich bereits die Stolpersteine für Albert und Georg Levy sowie für

Franziska Schuhmacher geb. Levy. Nun soll auch an Helene Levy, Ehefrau von Albert Levy und Mutter von Georg und Franziska, erinnert werden.

*Kreisvorstand MOL der VVN-BdA*

### Futter für linke Köpfe

Der Podcast „Die Neuen Zwanziger“, wird von 2020 bis 2029 von Wolfgang M. Schmitt und Stefan Schulz monatlich veröffentlicht.

Dieser Podcast geht von marxistischen Positionen aus, ist lehrreich, kontrovers und (trotzdem) unterhaltsam:

Bahnstreik, Bauernproteste, Demos gegen Antidemokraten, Auftreten

verschiedener internationaler Politiker in Davos, wie die AfD Tiktok nutzt und vieles mehr.

Und wer sich für aktuelle Texte (von Artikeln aus verschiedensten Medien, Sachbüchern, Romanen bis hin zu Lyrik) interessiert, der kann bei „Steady“ den dazugehörigen Salon abonnieren (für monatlich 2,50€/jährlich 30€).

### Die Linksfraktion des Kreistages MOL

trifft sich, 6. März, 18 Uhr,  
Große Straße 45, Strausberg

### Hilfe benötigt? Komm vorbei!

#### Verbraucher-Sprechstunde zum Thema Versicherungen

Beitrag zu hoch? Kündigungshilfe benötigt? Vertragsbedingungen unklar? Schaden nicht bezahlt? Von dubiosen Unternehmen unter Druck gesetzt worden? Unser Experte steht dir mit Fachwissen und 15 Jahren Erfahrung zur Seite, um dir zu helfen.

Christian Torenz, Versicherungsmakler  
www.dielinke-frw.de

#### Mittwochs bei uns, 17.00 bis 18.00 Uhr

06. März 2024, 13. März 2024

20. März 2024, 27. März 2024

03. April 2024, 10. April 2024

17. April 2024, 24. April 2024

Geschäftsstelle

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde



### Gesamtmitglieder- versammlung

Die Linke Märkisch-Oderland verabschiedet ihr Wahlprogramm für die Kommunalwahlen im Juni. Zudem wählen die Mitglieder ihre Delegierten zum 9. Landes- und 9. Bundesparteitag der Linken.

**16. März, 10 Uhr, Gut Reichenow,  
Neue Dorfstr. 7, 15345 Reichenow**

Um 9 Uhr werden die neuen Mitglieder bei einem Willkommenstreffen herzlich begrüßt.

### Bildung im März

„The Left – Fraktion Die Linke im EU-Parlament – GUE/NGL“

**Was hat sie bewirkt?** mit Martin Günther, stellv. Landesvorsitzender Die Linke Brandenburg und Kandidat der Linken für das EU-Parlament, 14. März, 18 Uhr, Geschäftsstelle der Linken, Große Straße 45, Strausberg.

### Der Kreisvorstand Die Linke

berät, Do. 13. März, 16.30 Uhr,  
Große Straße 45, Strausberg

### IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei Die Linke MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Ronny Kühn und Doris Richter, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: Die Linke MOL, privat